



Das Hirtenwort "Gerechter Friede" wird fortgeschrieben und die pax_zeit-Redaktion hat zu einem Call for Papers aufgerufen. Welche Themen müssen jetzt reflektiert und neu angestoßen werden? Albert Fuchs stellt in einem Interview auf den Seiten 12/13 seine Thesen und Ideen dazu vor. Für ihn ist klar: Die Kriegsdrohnentechnologie ist die gravierendste Herausforderung.

Leser*innenbriefe

Zu Meron Mendel in der pax zeit 1-2020

"... Für Mendel ist Kritik an Israel ... eine "Dämonisierung". Er fragt nicht nach den Wurzeln des Konflikts. Muss man bei aller gerechtfertigten Kritik an den palästinensischen Terroranschlägen nicht auch die Frage stellen, inwieweit sie durch die über 50-jährige israelische Besatzung und die damit verbundene strukturelle Gewalt mitverursacht wurden? ..." Peter-Michael Kuhn, Offenburg, 25. März 2020

"... Inkorrekt sind u. a. die Aussagen Mendels, die Situation vor Ort sei den BDS-Anhängern egal und es ginge ihnen so gut wie nie um die Frage, was Palästinenser*innen und Israelis brauchen, um den Konflikt zu beenden. ... Der Beitrag von Dr. Mendel ist einseitig ... Er hätte daher in einer der proisraelischen Werbezeitschriften erscheinen können, die leider in einigen evangelikal geprägten evangelischen Kirchengemeinden ausgelegt werden, nicht aber in der pax_zeit." Helmut Krings, Mitglied des Diözesanvorstands pax christi Freiburg, 25. März 2020

 $\textit{Beide Leser*} innen \textit{briefe wurden von der Redaktion stark gek\"{u}rzt.$

Impressum

pax_zeit Zeitschrift der deutschen pax christi-Sektion. Herausgeberin pax christi Deutsche Sektion e. V., Redaktion Christine Hoffmann (verantw.), Georg Kesting, Odilo Metzler, Josef Roberg Titelfoto Dominik Butzmann Gesamtherstellung Eva Begemann & Fabian Wilczek, qupferrot – Visuelle Gestaltung Druck und Versand Druckerei Hitzegrad GmbH & Co. KG, Wuppertal.

Leser*innenbriefe und mit Namen gekennzeichnete Beiträge geben nicht unbedingt die Meinung der Redaktion wieder. Die Redaktion behält sich den Abdruck und die Kürzung von Leser*innenbriefen vor.

pax christi – Deutsche Sektion e.V., Feldstr. 4, 13355 Berlin,
Tel. 030 2007678-0, sekretariat@paxchristi.de, www.paxchristi.de
Gedruckt auf CircleOffset (100 % Altpapier, FSC- und Blauer Engel zertifiziert)
Redaktionsschluss für die Ausgabe 3_2020: 04.06.2020

Editorial

Liebe Leserinnen und Leser,

Menschenrechte als ausschlaggebendes Kriterium für jegliche Entscheidung über Rüstungsexporte – das forderten wir am 26. Februar 2020 bei der politischen Kunstaktion, die Sie auf dem Titelblatt dieser pax_zeit sehen. Der jährliche Aktionstag gegen Rüstungsexporte fiel diesmal auf den Aschermittwoch und bot ein großartiges Sprungbrett für die Forderung nach politischer Umkehr: Weg von profitorientierten Genehmigungen des Exports vom Tod made in Germany. Mehr dazu finden Sie auf den folgenden Seiten. Gleich daran schließt sich ein Artikel der pax christi-Bundesvorsitzenden über die Bedeutung der Rüstung bei der Abschottung Europas gegen Schutzsuchende an. Stefanie Wahl beschreibt, wie notwendig auch und gerade jetzt in Zeiten der Corona-Pandemie der Einsatz für die Wahrung der Menschenwürde Geflüchteter ist.

Die Reihe über die Ansprüche der pax christi-Bewegung an die Weiterschreibung des bischöflichen Hirtenworts "Gerechter Frieden", die ich im letzten Heft begonnen habe, führt diesmal Albert Fuchs im Interview mit Odilo Metzler fort. Die Einladung aus Heft 1_2020 wiederhole ich gerne: Auch Ihre Überlegungen dazu sind gefragt! Schreiben Sie uns gerne. Auf www.paxchristi.de haben wir speziell dafür eine Rubrik eingerichtet. Dort finden Sie bereits Texte von Gisa Luu (Limburg), Stefan Silber (Würzburg) und Fabian Sieber (Erfurt).

Fortgesetzt wird in diesem Heft auch die Reihe kontroverser Positionen zur Nahostpolitik. Patriarch em. Michel Sabbah, ein Mitautor des Kairos-Palästina-Dokuments, schildert seine Hintergründe. Ebenso legen Nahostkommission und Bundesvorstand die Position der deutschen pax christi-Sektion dar.

Eindrücke aus dem Friedensdienst in Sarajewo und die große Enttäuschung über den wegen Corona erforderlich gewordenen Abbruch ihres Freiwilligen Jahrs für den Frieden schildert Susi Lechtenberg.

Weitere Themen dieses Heftes sind die Herausforderungen der Corona-Pandemie an europäische Solidarität und die Schauplätze der Radikalisierung.

Ich wünsche Ihnen eine inspirierende pax_zeit

Christine Hoffmann

Spenden unterstützen pax christi

pax christi-Spendenkonto: Pax Bank eG, IBAN DE17 3706 0193 4006 1000 10

Inhalt

Kampagnen

Seite 4

Rüstungsexporte – keine Frage der Abwägung

Christine Hoffmann

Seite 6

Tödliche Migrationsabwehr

Stefanie Wahl

Seite 8

Sicherheit neu denken weckt viel Begeisterung

Ralf Becker

International

Seite 10

Solidaritätskrise in der Coronakrise

Heinz Klein

Gerechter Friede

Seite 12

Die Kriegsdrohnentechnologie ist die gravierendste Herausforderung

Interview mit Albert Fuchs

Gesellschaftlicher Frieden

Seite 14

Radikalisierung

Hande Abay Gaspar

Freiwilligenprojekte

Seite 16

"Dvije škole pod jednim krovom" – Zwei Schulen unter einem Dach

Susi Lechtenberg

Nahost

Seite 18

Entmutigt und irritiert, doch voll Glaube und Hoffnung

Patriarch Emeritus Michel Sabbah

Seite 20

Ungeteilte Solidarität für einen Gerechten Frieden – oder: Nahostarbeit im Spannungsfeld

Bundesvorstand und Nahostkommission

Diözesanverbände im Profil

Seite 21

Münster, Rom und zurück: der Johannes XXIII-Preis

Josef Roberg

Meldungen

Seite 22

Meldungen aus den Kommissionen und Kampagnen

Odilo Metzler

Seite 22

Notizen aus dem Bundesvorstand

Josef Roberg

Glaube Perspektive

Seite 23

Globale Verbindungen

Ursula Schell



Aktionstag der Kampagne "Aktion Aufschrei – Stoppt den Waffenhandel!"

Am 26.2.2020 demonstrierte die Kampagne "Aktion Aufschrei – Stoppt den Waffenhandel!" wie jedes Jahr vor dem Bundestag für konkrete Anforderungen an ein Rüstungsexportkontrollgesetz: Dazu gehört unter anderem, dass an menschenrechtsverletzende und kriegführende Staaten ausnahmslos keine Kriegswaffen, sonstige Rüstungsgüter und Dual-Use-Güter exportiert werden dürfen. Kleinwaffen und die dazugehörige Munition sollten ebenfalls nicht exportiert werden.

Mehr dazu lesen Sie auf den Seiten 4/5.



Rüstungsexporte – keine Frage der Abwägung!

Sofortiger und dauerhafter Stopp erforderlich

Christine Hoffmann

Auch 2020 protestierten wir mit der "Aktion Aufschrei – Stoppt den Waffenhandel!" am 26.2., dem bundesweiten Aktionstag gegen Rüstungsexporte, mit viel Kreativität vor dem Deutschen Bundestag. Wir bauten eine Waage auf, legten auf die eine Seite als dicke Bücher die Erklärung der Menschenrechte sowie alle politischen und gesetzlichen Elemente der deutschen Rüstungsexportkontrolle. Auf die andere Waagschale warfen unsere als Merkel, Kramp-Karrenbauer, Maas und Altmeier maskierten Schauspieler*innen sicherheitspolitische Interessen, verteidigungsrelevante Schlüsseltechnologien und viel Geld. Tja – Entscheidungen über Rüstungsexporte sind leider immer noch eine Frage der Abwägung und gehen meist zulasten der Menschenrechte und des Friedens.

Wir fordern: Die Erteilung von Ausfuhrgenehmigungen darf "Keine Frage der Abwägung!" zwischen Menschenrechten und außen- und sicherheitspolitischen Interessen mehr sein. Stattdessen soll die Einhaltung der Menschenrechte immer das entscheidungsrelevante Kriterium sein – dazu müssten Änderungen im deutschen und europäischen Regelwerk erfolgen. Denn zurzeit werden diese Regeln so ausgelegt, dass Staaten, wie die der Arabischen Koalition, die seit fünf Jahren am Krieg im Jemen beteiligt sind und denen schwere Menschenrechtsverletzungen nachgewiesen wurden, weiter Waffengeschäfte mit deutschen Rüstungskonzernen machen dürfen. In meiner Rede appellierte ich in doppelter Rolle als pax christi-Generalsekretärin und Sprecherin der "Aktion Aufschrei – Stoppt den Waffenhandel!" daher – unbeirrt

, Das politische Interesse an den lukrativen Geschäften wiegt für die Bundesregierung immer noch schwerer als die Menschenrechte. Dagegen protestieren wir!

vom strömenden Regen: "Das politische Interesse an den lukrativen Geschäften wiegt für die Bundesregierung immer noch schwerer als die Menschenrechte. Dagegen protestieren wir! Der heutige Aschermittwoch könnte der Tag der Reue sein und die Bundesregierung endlich die notwendige Umkehr bei den Genehmigungen von Rüstungsexporten beschließen. Die Bundesregierung würde ein Rüstungsexportkontrollgesetz vorlegen, das alle Lücken und Hintertürchen schließt."

Chancen für ein Rüstungsexportkontrollgesetz?

Da fragen Sie sich natürlich, ob überhaupt die Aussicht auf ein Rüstungsexportkontrollgesetz besteht? De facto spricht sich die Mehrheit der Fraktionen im Deutschen Bundestag für ein Rüstungsexportkontrollgesetz aus: Die Grünen haben bereits Eckpunkte dafür vorgelegt. Die Linke. unterstützt das Projekt. Sogar die FDP fordert in ihrem Bundestagswahlprogramm 2017 "ein Rüstungsexportgesetz (das) die bestehenden nationalen, europäischen und internationalen Exportrichtlinien deutlich präzisiert und dadurch zu mehr Transparenz im Regierungshandeln und zu besserer Beteiligung des Deutschen Bundestags führt." Und – das ist richtig wichtig: Am 25. November 2019 hat die Bundestagsfraktion der SPD – und damit eine Regierungsfraktion – sich ausführlich zur "Schärfung der Kontrolle und Genehmigung von Rüstungsexporten" positioniert. Die SPD-Bundestagsfraktion betont die Notwendigkeit, "die rechtliche Verbindlichkeit der Vorgaben für Rüstungsexporte (zu) erhöhen" und hält "daher die Verabschiedung eines Rüstungsexportgesetzes für notwendig."

Jürgen Grässlin, der DFG-VK-Bundessprecher und Sprecher der "Aktion Aufschrei – Stoppt den Waffenhandel!" betonte: "Für uns sind Waffenexporte an menschenrechtsverletzende und kriegführende Staaten KEINE Frage der Abwägung – wir lehnen sie allesamt ab! Sie müssen sofort und dauerhaft gestoppt werden!"

Katastrophe im Jemen

Der Jemen-Krieg ist ein aktuelles und dramatisches Beispiel für eine Rüstungsexportpolitik, bei der deutsche sicherheits- und außenpolitische Interessen zulasten der Menschenrechte abgewogen werden. Grässlin informierte: "Vorliegende Berichte bestätigen den vielfachen Einsatz von Großwaffensystemen aus europäischen Gemeinschaftsprojekten im Jemen-Krieg. Allen voran von Kampfflugzeugen des Typs Eurofighter

Typhoon (EF), in die zahleiche deutsche Komponenten eingebaut sind. Die EF-Endmontage findet in Warton, Großbritannien, statt. Die britische Rüstungsindustrie liefert an die Royal Saudi Air Force. Diese hat – mehreren Berichten zufolge – die zivile Infrastruktur im Jemen zusammengebombt. Mit dem EF-Export an Saudi-Arabien wird sowohl der für alle EU-Staaten gleichermaßen geltende internationale Waffenhandelsvertrag Arms Trade Treaty (ATT), gebrochen als auch der Gemeinsame Standpunkt der EU für Waffenexporte verletzt. Denn beide sind rechtlich verbindliche Regelungen. Obwohl die Länder der sogenannten "Arabischen Koalition" unter der Führung Saudi-Arabiens schwere Menschenrechtsverletzungen und Verletzungen des humanitären Völkerrechts zu verantworten haben, werden weiter Rüstungsgeschäfte genehmigt. Nur gegen Saudi-Arabien hat die Bundesregierung einen Rüstungsexportstopp verhängt. Nicht jedoch der Krieg, die Menschenrechtsverletzungen und Verstöße gegen das Völkerrecht, sondern erst die Ermordung des saudischen Journalisten Jamal Khashoggi führte dazu. Dieser Genehmigungsstopp wurde bisher zwar jedes halbe Jahr verlängert, jedoch nie auch auf die anderen beteiligten Länder der "Arabischen Koalition" ausgeweitet, allen voran die Vereinigten Arabischen Emirate."

Wir bleiben dran!

Christine Hoffmann ist pax christi-Generalsekretärin, Mitglied der pax zeit-Redaktion und Sprecherin der "Aktion Aufschrei – Stoppt den Waffenhandel!"

Aktuelles Material der "Aktion Aufschrei – Stoppt den Waffenhandel"

Durch Gespräche mit den Abgeordneten im Wahlkreis kann die Forderung nach schärferen Regeln in einem Rüstungsexportkontrollgesetz unterstützt werden. Susanne Weipert, die Koordinatorin der Kampagne "Aktion Aufschrei – Stoppt den Waffenhandel!" im pax christi-Sekretariat, hat wichtige Grundlagen für eine solche Lobbyarbeit erarbeitet:

- · Kommentar zu den Politischen Grundsätze der Bundesregierung für den Export von Kriegswaffen und sonstigen Rüstungsgütern" in der Fassung vom 26.06.2019
- · Auswertung des deutsch-französischen Abkommens über Rüstungsexporte
- · Ein Kommentar zum Entwurf für ein Rüstungsexportkontrollgesetz von "Greenpeace"



Sie finden dieses Material auf www.paxchristi.de und www.aufschrei-waffenhandel.de



Tödliche Migrationsabwehr

Zur aktuellen Situation an den EU-Außengrenzen

Stefanie Wahl

Laut Amnesty International sind Anfang März 2020 zwei Menschen an der griechisch-türkischen Grenze beim Versuch in die EU zu gelangen erschossen worden. Die Grenztoten sind Muhammad Gulzari, ein 43-jähriger Mann aus Pakistan, dem beim Versuch, den Grenzübergang Pazarkule/ Kastanies zu überqueren, in die Brust geschossen wurde und Muhammad al-Arab, ein 22-jähriger Syrer, der am 2. März in derselben Gegend starb. Die Eskalation an der türkischgriechischen Grenze, in deren Folge die beiden Männer durch den Einsatz von Gewalt durch die griechischen Grenzschutzbehörden starben, offenbart erneut den tödlichen Charakter

der europäischen Politik der Migrationsabwehr. Dass dieser Vorfall an der Landgrenze kein Einzelfall ist und bleiben wird, darauf deutet die Konsequenz hin, mit der die EU diese Politik betreibt sowie das Fehlen politischer Reaktionen und Maßnahmen zur Wiederherstellung von Humanität, der Geltung der Menschenrechte und des Schutzes Geflüchteter.

Politik der Migrationsabwehr

Während sich in 2015 auf dem Höhepunkt der Fluchtbewegungen nach Europa kurzzeitig das humane Gesicht vieler EU-Mitgliedstaaten zeigte, kennzeichnen Abschottung

und Migrationsabwehr bereits vor, aber vor allem nach 2015 die Politik der Europäischen Union. Zentrale Elemente dieser Politik sind Abkommen mit Drittstaaten, Aufrüstung an den EU-Außengrenzen, Entrechtung von Geflüchteten und Kriminalisierung von Geflüchteten, Retter*innen und Helfenden.

Die Aufrüstung an den Außengrenzen zur Grenzsicherung rückt neben den Abkommen mit Drittstaaten immer mehr ins Zentrum der EU-Politik. Im Juli 2018 fordert der damalige EU-Kommissionspräsident Jean-Claude Junker vor dem EU-Parlament: "Ich möchte ein stehendes Korps von 10.000 bis 2020, das bereit ist, die über 100.000 nationalen Grenzschutzbeamten bei ihren schwierigen Aufgaben zu unterstützen. Wir müssen einen echten, effizienten EU-Grenzschutz schaffen, im wahrsten Sinne des Wortes. Dazu müssen wir uns auch mit der Frage der Ausrüstung befassen, [...] wir brauchen mehr Flugzeuge, mehr Schiffe, mehr Fahrzeuge [...]", so Junker. Den Worten folgen Taten:

- Massiver Ausbau der personellen und materiellen Ausstattung der Grenzschutzagentur FRONTEX sowie Erweiterung ihrer Kompetenz- und Aufgabenbereiche. Zwischen 2006 und 2017 erhöhte sich das jährliche Budget von 19,2 auf 280,5 Millionen Euro. Ende 2019 bestätigte die EU-Kommission den von Junker geforderten Personalzuwachs von 10.000 EU-Grenzschützer*innen bis 2027. Im EU-Finanzrahmenplan (2021–2027) sollen 11,3 Milliarden Euro für FRONTEX bereitgestellt werden.
- Aufrüstung der Grenzstaaten am Beispiel Griechenland: Von 2015 bis 2019 gingen 10 Prozent aller deutschen Rüstungsexporte konventioneller Waffen nach Griechenland. Darunter Fahrzeuge und Panzer, Kriegsschiffe, Sprengkörper, leichte Waffen, Artillerie und Munition. Zur Überwachung der Seegrenze wurde Griechenland mit dem Nahbereichsradar von Thales Deutschland ausgestattet. Deutsche Rüstungsfirmen werden zu Profiteuren der Aufrüstung und der militärischen Sicherung der EU-Außengrenzen. Außerdem investiert die EU massiv im Bereich Überwachungstechnologien.

Folgen der Politik der Migrationsabwehr

Die Politik der Migrationsabwehr hat tödliche Folgen, wie nicht erst die Ereignisse im März 2020 zeigen: Das Friedensgutachten 2019 kritisiert die EU und bezeichnet die EU-Außengrenze als die tödlichste Außengrenze der Welt. Laut der Internationalen Organisation für Migration sind von 2000 bis 2017 ca. 33.000 Menschen auf dem Weg nach Europa im Mittelmeer ertrunken. Doch nicht nur die Fahrt über das Mittelmeer stellt eine Bedrohung für Leib und Leben für Geflüchtete dar. Die Politik der Migrationsabwehr und die Einbindung von Drittstaaten in die Migrationsabwehr setzt Menschen auf der Flucht zusätzlichen Bedrohungen wie Entführungen durch bewaffnete Gruppen, Erpressungen, Ausbeutung im informellen Arbeitsmarkt, Gefangenschaft und Menschenhandel aus. Maßnahmen zum aktiven Schutz der Geflüchteten

gibt es kaum. Erreichen die Geflüchteten die EU-Außengrenzen lebend, dann liegen entweder die gut gesicherten oder unüberwindbaren Wasser- oder Landgrenzen der EU vor ihnen. Die Möglichkeit, einen Asylantrag zu stellen, haben sie nicht. Ihnen bleiben nur die lebensgefährlichen Versuche, die Grenzen zu überwinden.

Seit Einrichtung der Hotspots auf den griechischen Inseln beobachten Migrations- und Hilfsorganisationen die Entrechtung von Geflüchteten auf europäischem Boden. Das Lager Moria, auf der griechischen Insel Lesbos, ist zum Symbol für die Vorenthaltung grundlegender Rechte, Unmenschlichkeit und mangelnder Solidarität geworden. Das zögerliche Handeln der griechischen Regierung hinsichtlich des Gesundheitsschutzes der Menschen in den Lagern vor dem Corona-Virus zeigt auf, dass die Politik der Migrationsabwehr auch innerhalb der EU tödliche Folgen haben kann. Skandalös ist das fehlende Verantwortungsbewusstsein der übrigen Mitgliedsstaaten für die Geflüchteten an den EU-Außengrenzen, die damit die Entrechtung der Geflüchteten dulden und die tödlichen Folgen der Politik der Migrationsabwehr in Kauf nehmen.

Brücken bauen und Solidarität zeigen

Aktuell unterstützt pax christi die Forderungen der Online-Petition #LeaveNoOneBehind der Seebrücke. Die Unterschriftenaktion ist ein politisches Signal in Richtung EU-Kommission und den Regierungen der Mitgliedstaaten und ein Zeichen dafür, dass unsere Solidarität nicht an nationalen Grenzen endet.

Außerdem ist pax christi Mitglied im Bündnis united4rescue, das gemeinsam ein ziviles Seenotrettungsschiff ins Mittelmeer entsenden möchte. Im Januar konnte ein Schiff gekauft werden. Derzeit liegt die "Sea Watch 4" in einem spanischen Hafen und wartet auf ihren ersten Einsatz.

Stefanie Wahl ist pax christi-Bundesvorsitzende.



Weitere Informationen unter www.united4rescue.com



Die Petition #LeaveNoOneBehind erreichen sie unter diesem QR-Code

Sicherheit neu denken weckt viel Begeisterung

Mythos der Wirksamkeit militärischer Gewalt überwinden

Ralf Becker

Das Interesse an unserer Initiative für eine zivile Sicherheitspolitik ist nach wie vor ungebrochen. In 130 Veranstaltungen viele davon unter aktiver Beteiligung von pax christi – konnten wir bereits über 6.000 Teilnehmende erreichen. Zu weiteren 30 Veranstaltungen sind wir konkret eingeladen. Bisher erleben wir bei den Friedensinitiativen von Aachen bis Dresden, von Bremen bis München und von Marburg bis Freiburg viel Dankbarkeit, da unsere Initiative Hoffnung auf eine neue gemeinsame Wirksamkeit vermittelt. Multiplikator*innen-Schulungen sind in Freiburg, Heidelberg, Württemberg und Köln geplant oder haben bereits stattgefunden. Aktuell suchen wir bundesweit regionale Koordinator*innen. Dank unserer zunehmenden Vernetzung bin ich inzwischen in den Sprecher*innen-Rat der Plattform Zivile Konfliktbearbeitung gewählt worden, um bei deren Lobbyarbeit in Berlin und Brüssel mitzuwirken. Auch die Geschäftsführung der Münchner Sicherheitskonferenz hat uns eingeladen, ihr unsere Initiative vorzustellen.

Zunehmend gewinnen wir Prominente zur Unterstützung unseres Aufrufs (Konstantin Wecker, Margot Käßmann, Ernst U. von Weizsäcker, Franz Alt, den Pianisten aus den Trümmern Aeham Ahmad). In Bremen wird für 2022 ein internationaler Studientag mit den Niederländer*innen vorbereitet, die bereits ein eigenes Szenario für ihr Land erarbeiten.

Interessante Fragen und unsere Antworten darauf

Sowohl linke Friedensaktivisten (ja, es sind meistens Männer) als auch konservative CDU-Abgeordnete und Synodenvertreter*innen stellen uns viele kritische Fragen – und lassen sich regelmäßig von unseren Antworten überzeugen. So heißt es, wir könnten das Militär nur gemeinsam mit dem Kapitalismus überwinden. In der Tat erleben wir mit Nullzinsen und Billionen-Geldspritzen der Zentralbanken bereits das Ende der Knappheit des Geldes. In Fachkreisen wird bereits darüber diskutiert, ob Zentralbanken Geld zukünftig als "Helikoptergeld" direkt an die Bürger*innen ausgeben sollten – und nicht mehr über Banken und Staatsanleihen. Auch eine Direktfinanzierung der Beschäftigten im Care-Bereich durch die Europäische Zentralbank ist denkbar.

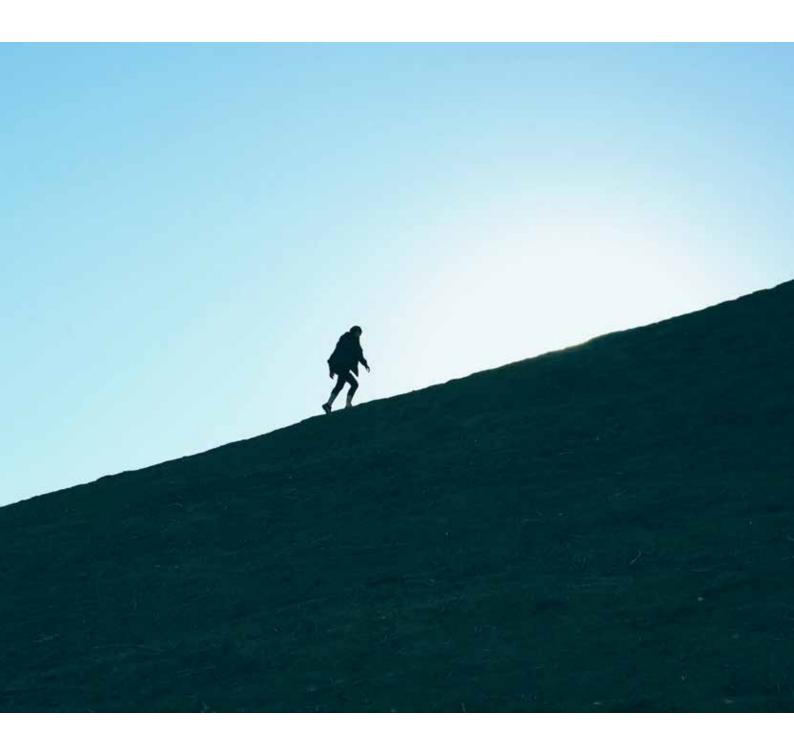
In der badischen Landeskirche gehört die Initiative Sicherheit neu denken zur Fachgruppe "Pilgerweg der Gerechtigkeit und y) Erst wenn wir unseren Lebensund Wirtschaftsstil tatsächlich ändern, können und werden wir auf die Bundeswehr verzichten. Ich sage immer, dass das der schwerste Teil unseres gesamten Szenario-Projektes ist.

des Friedens / Große Transformation" – auf deren Gründungstagung hat Niko Paech den Hauptvortrag zum Thema Postwachstumsökonomie gehalten. Erst wenn wir unseren Lebensund Wirtschaftsstil tatsächlich ändern, können und werden wir auf die Bundeswehr verzichten. Ich sage immer, dass das der schwerste Teil unseres gesamten Szenario-Projektes ist. Und – der Bundestag hat im März 2020 ein erstes Lieferkettengesetz verabschiedet – wie der Kohleausstieg ein weiterer Schritt in Richtung ziviler Sicherheitspolitik.

"Überlassen wir nicht unseren NATO-Partnern die Drecksarbeit, wenn wir uns auf die zivilen Teile der Sicherheitspolitik konzentrieren?" lautet eine andere häufige Frage. Zum einen ist auch ziviler Widerstand und auch die Arbeit ziviler Friedensfachkräfte in Krisengebieten sehr anspruchsvoll und mit Lebensgefahr verbunden. Zum anderen werden alle Partnerstaaten von Deutschlands aktiver Krisenprävention profitieren, wenn wir u.a. die UN und die OSZE mit über 30 Mrd. Euro jährlich zu durchsetzungsstarken Organisationen ausbauen. Viele weitere Fragen und Antworten finden sich auf unserer Homepage.

Sicherheit neu denken als wirksames Netzwerk

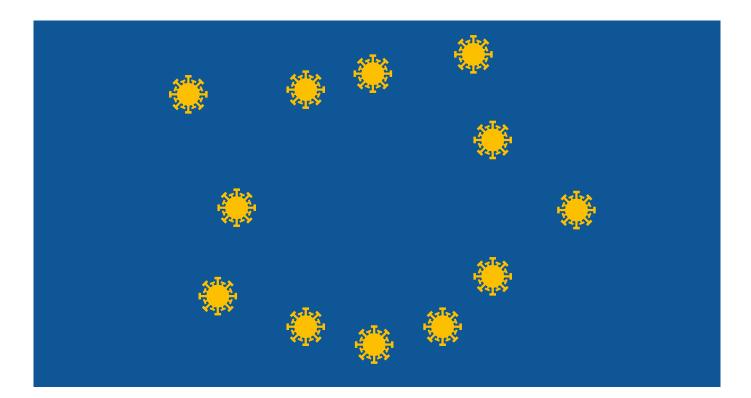
Um uns weiter als kompetenter Akteur in Sicherheitsfragen zu etablieren, koordiniert Stefanie Wahl u.a. die Erstellung



eines Sammelbands mit Kritik, Ergänzungen und Weiterführungen des Szenarios "Sicherheit neu denken". Sowohl eine Fachgruppe zur Konzeption Internationaler Polizei als auch eine FG Bildung haben ihre Arbeit aufgenommen. Nach drei Studientagen im letzten Jahr wird sich u. a. am 21.11. ein Studientag mit der Partnerschaftsentwicklung mit Russland beschäftigen (die übrigens seit 2019 auch von Frankreichs Präsident Macron gefordert wird).

Für die Überwindung des Mythos der Wirksamkeit militärischer Gewalt sind die im Lesebuch zur EKD-Synode 2019 zusammengefassten wissenschaftlichen Studien sehr hilfreich, die ebenso wie die von der Washington Post im Dezember veröffentlichten Berichte des US-Militärs eine weitgehende Unwirksamkeit militärischer Interventionen zur Erreichung politischer Ziele belegen. Neben der zuvor sehr kritischen württembergischen Landeskirche bringt sich inzwischen auch die rheinische Landeskirche aktiv in unsere Initiative ein. Auch das Hilfswerk missio hat seine Unterstützung zugesagt. 2020/21 möchten wir weitere Organisationen für unsere Initiative gewinnen: Greenpeace, Umweltverbände, Gewerkschaften, soziale Bewegungen, Kirchen und auch professionelle Fachorganisationen.

Ralf Becker ist pax christi-Mitglied und koordiniert im Auftrag der Evangelischen Landeskirche in Baden die bundesweite Initiative sicherheitneudenken.de.



Solidaritätskrise in der Coronakrise

Wie mit den epochalen Herausforderungen umgehen?

Heinz Klein

In Europa wird Italien am härtesten von der Corona-Pandemie und wohl auch deren wirtschaftlichen Folgen heimgesucht. Das Land, seine Menschen, seine Politik noch seine Gesundheitseinrichtungen waren auf die verheerende Wucht und Gnadenlosigkeit der um sich greifenden Seuche auch nur annähernd vorbereitet. Über Jahrzehnte politischer Instabilität sowie unsolide Wirtschafts-, Finanz- und Sozialpolitik haben mit dazu beigetragen, das Land in diese Situation und an den Rand seiner Leistungsfähigkeit zu bringen. Wie auch andernorts wurde das Gesundheitswesen kaputtgespart. Nirgends sonst auf unserem Kontinent haben sich mehr Tragödien und menschliches Leid in diesen Wochen abgespielt. Während Kolonnen von Militärlastwagen die Leichen an COVID-19 Verstorbener zu den überlasteten Krematorien und überfüllten Friedhöfen karrten, starrte die Nation voller Trauer, Hilflosigkeit und Verzweiflung auf die Bilder in den Medien.

Angesichts dessen vermissen die Bürger Italiens die Solidarität der reichen EU-Mitgliedsländer. China, Russland und das kleine wirtschaftlich schwache Kuba haben spontan ihre Hilfe angeboten, Material und Menschen geschickt, die das italienische Gesundheitswesen spürbar entlasteten. Hilferufe an die europäische Gemeinschaft und ihre Regierungen

verhallten weitgehend ungehört. Seitens der EU-Staaten wurde nicht nur Hilfe versagt, es wurden sogar von Italien im EU-Warenverkehr bestellte Lieferungen an Schutzkleidung und Gesichtsmasken von der deutschen Bundesregierung kurzzeitig unterbunden. "Deutschland zuerst" schien zunächst die Devise, bis sich die politisch Verantwortlichen rasch eines Besseren besonnen. Das Wort von der Hartherzigkeit der Deutschen macht die Runde und vergiftet zunehmend das Klima. Die Europäische Union, die sich gern als Wertegemeinschaft versteht, hat zumindest in den ersten schlimmen Wochen der Pandemie, mit in Italien nun über 30.000 Toten, sträflich versagt. So ist es auch nicht verwunderlich, wenn jüngere Umfragen in Italien den Anteil der Europabefürworter auf nur noch 30 Prozent beziffern.

Nationale Entscheidungen statt Solidarität

Länder wie Deutschland sind in der Pandemie dank besserer Vorsorge in einer relativ komfortablen Situation. Aber statt Solidarität mit den Schwächeren bestimmen nationale Entscheidungen, Abgrenzung und Abschottung die Beziehungen innerhalb der Europäischen Union. Das Schengener Abkommen, die für uns EU-Bürger spürbarste Errungenschaft der Gemeinschaft, wird weitgehend außer Kraft gesetzt. Aus

- "Insieme per i diritti umani, la giustizia e la solidarietà internazionale; Insieme per costruire ponti e non muri tra le persone e i popoli. Insieme per diffondere una cultura di pace."
- "Gemeinsam für die Menschenrechte, die Gerechtigkeit und die internationale Solidarität. Gemeinsam, um Brücken zu bauen, nicht Mauern zwischen den Menschen und Völkern. Gemeinsam, um der Friedenskultur Raum zu schaffen."

Ein Zitat aus dem Selbstverständnis von Pax Christi Italia.

epidemiologischer Sicht gibt es dafür gute und zwingende Gründe, das Umsichgreifen des Virus einzudämmen. Die Grenzschließungen allerdings beschädigen nicht nur den Warenaustausch in der EU; sie erzeugen auch Sorgen um den Zusammenhalt. Nebeneinander statt Miteinander prägen ein desolates Bild der EU.

Die gefährliche Mischung aus Überforderung, der seit Anfang März verordneten häuslichen Isolation, dem der Krankheit Ausgeliefertsein, vom Rest Europas im Stich gelassen zu sein erzeugt in der italienischen Bevölkerung tiefen Frust. Das gibt den seit Jahrzehnten virulenten rechtspopulistischen Tendenzen und Kräften starken Auftrieb. Deren Gallionsfiguren Matteo Salvini von der Lega wie Giorgia Meloni von den Fratelli d'Italia sind die Profiteure und heizen die Stimmung im Lande an. Polemik und Hetze verbreiten sich in den sozialen Medien, ein leider weltweites Phänomen. Es mehren sich die Rufe nach einem "Italexit". Das darf auch Deutschland nicht egal sein.

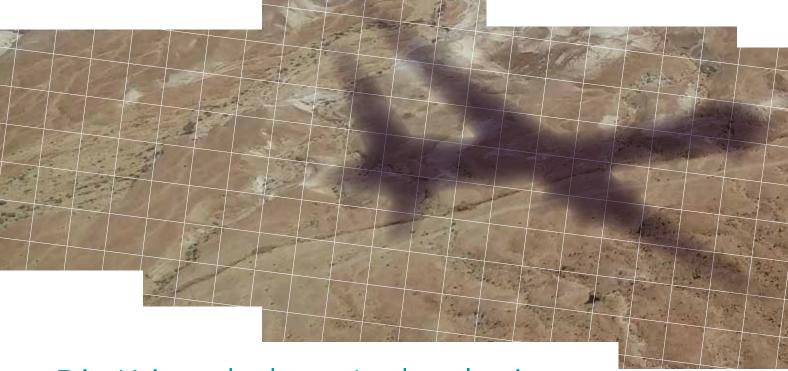
Die volkswirtschaftlichen und sozialen Folgekosten der Pandemie sind enorm. Seit Anfang März steht in Italien die nicht lebenswichtige Wirtschaft still. Die Kosten wird Italien vor dem Hintergrund seiner schon vor der Pandemie angehäuften hohen Staatsverschuldung nicht aus eigener Kraft schultern können. Während sich die deutsche Bundesregierung erlauben kann, ein gigantisches Maßnahmenpaket in Milliardenhöhe als Schutzschild für Unternehmen und Beschäftigte in Deutschland aufzulegen, fordern die italienische Regierung neben Frankreich und Spanien die Auflage gemeinsamer Euro- oder sog. Corona-Bonds. Alle Euroländer mögen für die Schwachen einstehen. Es mehren sich die Stimmen von Politiker*innen und Wirtschaftsexpert*innen, sich solidarisch mit den schwächeren Ländern zu zeigen, um so ein drohendes Zerbrechen Europas zu verhindern. In seiner Osterbotschaft richtet auch Papst Franziskus einen eindringlichen Appell an Europa: "Diese Zeit erlaubt keine Gleichgültigkeit ..., keinen Egoismus ..., keine Spaltungen ..."

Zusammenhalt in Europa?

Von den Nordländern, u.a. Deutschland wird die Forderung nach Corona-Bonds kategorisch abgelehnt, fürchtet man doch den Präzedenzfall einer Vergemeinschaftung von Staatsschulden derer, die sich schon in guten Zeiten nicht an die verabredete Haushaltsdisziplin hielten. Stattdessen legen die EU-Finanzminister ein dreigliedriges Hilfspaket mit rund einer halben Billion Euro zur Bewältigung der wirtschaftlichen Folgen der Coronakrise in der EU auf: Kreditzusagen des Euro-Rettungsfonds ESM, Darlehen der Europäischen Investitionsbank und Förderung von Kurzarbeit. Der Beschluss wird schon als guter Tag für die europäische Solidarität gefeiert. Die Reaktion der größten Regierungspartei Italiens, der populistischen Fünf-Sterne-Bewegung sowie von Ministerpräsident Conte ist ernüchternd: Sie schlagen die für Italien bestimmte Summe von 39 Milliarden Euro aus dem ESM-Rettungsschirm aus. Für alle Ausgaben im Gesundheitsbereich sind zwar die an den ESM gebundenen harten Bedingungen ausgesetzt; Italien fürchtet jedoch drastische Kontrollen und Reglementierungen, wie sie vor wenigen Jahren in der Wirtschaftskrise Griechenland auferlegt wurden. Die Ängste sind nicht von der Hand zu weisen. Und man sollte auch nicht den Stolz und die Selbstachtung des italienischen Volkes unterschätzen. Die bisherigen EU-Hilfszusagen können m.E. nur ein erster wichtiger Schritt sein.

Das Coronavirus ist nicht ein Problem von politischer Schuld oder schlechter Verwaltung, wie der ehemalige Ministerpräsident Prodi völlig zu Recht sagt. Eurobonds zur Solidarität untereinander und zum Zusammenhalt in Europa werden folgen müssen. Es handelt sich um eine epochale Herausforderung. Wir alle sind Teil einer Familie, woran uns Papst Franziskus an Ostern auch erinnerte. Andrà tutto bene!? Alles wird gut!?

Heinz Klein war Referent für die Vermittlung von Fachkräften bei der "Arbeitsgemeinschaft Evangelischer Kirchen in Deutschland" in Übersee in Stuttgart und bei deren Nachfolgeorganisation, dem Evangelischen Entwicklungsdienst in Bonn für die Regionen in Nah- und Fernost und Europa. Er ist pax christi-Mitglied und lebt in Italien, dem Heimatland seiner Frau.



Die Kriegsdrohnentechnologie ist die gravierendste Herausforderung

Interview mit Albert Fuchs zu einer Fortschreibung von "Gerechter Friede"

Das Bischofswort "Gerechter Friede" soll überarbeitet werden. Wie bewertest du das Dokument aus dem Jahr 2000?

Das Bischofswort "Gerechter Friede" habe ich erst mit einiger Verzögerung und zunächst indirekt, im Zusammenhang der Arbeit der pax christi-Kommission Friedenspolitik zur Kenntnis genommen, zudem mit einiger Skepsis gegenüber "oberkirchlichen" Friedensverlautbarungen. Je mehr ich mich aber, angeregt durch den einen und anderen Debattenbeitrag, auf den Text eingelassen habe, desto mehr hat er mich beeindruckt. Ich lese "Gerechter Friede" als Versuch einer theologisch grundierten ethischen Auseinandersetzung mit der menschlichen Gewalt-Verfallenheit und der Möglichkeit ihrer Überwindung.

Wie siehst du den Paradigmenwechsel vom "Gerechten Krieg" zum "Gerechten Frieden" vor 20 Jahren? Was sind seine Stärken und seine Schwächen?

Die Entfaltung der "biblische(n) Botschaft vom Frieden ... in einer Welt der Gewalt" ist aus meiner Sicht der stärkste Teil. Die Verwicklung der "Botschaft" von Gott und Gottes Handeln in die Gewaltgeschichte wird allerdings nur oberflächlich theologisch entschärft (Ziff. 30). Ebenso vermisse ich in dem "Hohen Lied" auf die Kirche als "Sakrament des Friedens" (Teil III) eine "selbst"-kritische(re)

Auseinandersetzung (als in Ziff. 169) mit der Rolle der Kirche in den Weltkriegen im 20. Jahrhundert. Dass man zu Recht von einem Paradigmenwechsel in der katholischen Friedenslehre sprechen kann, bezweifele ich. Das Gewaltdilemma -Begrenzung und Überwindung von "böser" Gewalt auf unabsehbare Zeit mit "guter" Gewalt! – bleibt dahingestellt bzw. wird letztlich, wie mir scheint, theologisch vernebelt, sich selbst entpflichtend göttlichem "Wunder"-Wirken anheimgegeben (Ziff. 35, 48 u.a.).

In "Gerechter Friede" heißt es, dass die atomare Abschreckung befristet ethisch tolerierbar sei. Inzwischen fordern auch der Vatikan und Justitia et Pax, den Besitz von Atomwaffen zu ächten.

Die Strategie der nuklearen Abschreckung kommt nur kurz in der Einleitung näher zur Sprache (Ziff. 2). Der These befristeter und bedingter ethischer Tolerierbarkeit wird bescheinigt, sie habe "nichts von ihrer Gültigkeit verloren". Das besagt letztlich, dass die Abschreckungsstrategie als ethisch tolerierbar gilt, solange militärisch nutzbare Produkte der Nukleartechnologie vorhanden und in Umlauf sind, statt dass man sie ethisch in Frage stellt, weil sie diese Produkte rechtfertigt. Eine Korrektur im Sinne des jüngsten Positionspapiers von Justitia et Pax und der Einlassungen von Papst Franziskus ist aus meiner Sicht über-überfällig.

In den letzten 20 Jahren gab es neue internationale Entwicklungen, z.B. asymmetrische Kriege, Terroranschläge, Tötungen durch Drohnen, Killerroboter und Anstrengungen, autonome Waffen zu entwickeln. Wie sollte ein neues Friedenswort darauf reagieren?

Die Kriegsdrohnentechnologie und die herrschende (keineswegs nur US-amerikanische) Drohnenkriegspraxis halte ich für die aktuell gravierendsten friedensethischen und -politischen Herausforderungen. Aus meiner Sicht ist ihre ethische Problematik ähnlich grunderschütternd wie seinerzeit die Nuklearwaffen-Technologie und -Strategie. Nur dass seit der Epochenwende von 1989/90 alles "salamitaktischer" oder hinterhältiger durchgezogen wird. "Gerechter Friede" kennt noch keine Aufklärungs- und Überwachungsdrohnen, keine Kampfdrohnen und erst recht keine Killerroboter. Die kirchennahe Debatte ist ausgesprochen disparat. Bellum iustum-, Gerechter Friede- und Gewaltfreiheits-Perspektive treffen in der Debatte um Drohnen und automatische Waffen aufeinander wie wohl noch nie. Lediglich die Vollautonomisierung letaler ferngesteuerter Waffensysteme wird durchgehend abgelehnt. Ein neues Papier sollte klarstellen, dass es sich bei Kampfdrohneneinsätzen um illegale Hinrichtungen handelt, verbunden mit einer traumatisierenden Überwachung der Zivilbevölkerung in armen Ländern.

Abrüstung und nichtmilitärische Konfliktlösungen sind Ziel von "Gerechter Friede". Heute wird die Diskussion von Forderungen nach neuer Aufrüstung und "militärischer Verantwortung" bestimmt. Wie sollen die Bischöfe darauf reagieren?

Ich empfehle, die Abschlusserklärung der vom Päpstlichen Rat für Gerechtigkeit und Frieden und Pax Christi International im April 2016 im Vatikan unter dem Titel "Gewaltfreiheit und Gerechter Friede" ausgerichteten Konferenz ernsthaft aufzugreifen. Im Übrigen sollte man sich an das halten, was man sich in "Gerechter Friede" selbst eindrucksvoll zu bedenken gegeben hat:

"Mitten in einer Welt voll Krieg und Gewalt kann die Kirche nicht als Sakrament des Friedens wirken, wenn sie sich anpasst. Diese Welt braucht keine Verdoppelung ihres Unfriedens durch eine Religion, die zu allem Ja und Amen sagt …" (Ziff. 164)

Was wäre ein angemessenes Konzept der Militärseelsorge in einem neuen Dokument?

Die etablierte Militärseelsorge sagt effektiv fast "zu allem Ja und Amen", was die Militär- und Sicherheitspolitik betreibt. Unter den bestehenden Bedingungen der finanziellen Abhängigkeit und der organisatorischen Einbettung in die staatlichen Strukturen ist kaum etwas anderes zu erwarten. Würde man sich entsprechend dem Appell der genannten Vatikan-Konferenz wieder ernsthaft auf die "Gewaltfreiheit des Evangeliums einlassen" (Re-commit to Gospel Nonviolence), stünde ein Umbau zu einer staatsunabhängigen Friedensagentur an, die den sicher vielfach vorhandenen Idealismus und die Einsatzbereitschaft von Soldatinnen und Soldaten auf ein "Frieden schaffen ohne Waffen" hinzuführen hätte, sich also einer "Verwandlung der Mächte und Gewalten" (W. Wink) widmen sollte.

Was ist dein Wunsch an ein neues Bischofswort?

Speak truth to the powers that be – "gelegen oder ungelegen"!

Albert Fuchs, Prof. Dr., Jg. 1937, Hochschullehrer für Kognitionsund Sozialpsychologie i. R., ist Mitglied im Beirat von Wissenschaft & Frieden und u. a. bei pax christi (Kommission Friedenspolitik) engagiert.

Die Fragen stellte Odilo Metzler, Mitglied der pax_zeit-Redaktion

Foto: David Ficko / unspiasn.con



Hande Abay Gaspar

Radikalisierung ist ein Begriff, der seit einigen Jahren in Politik, Medien und in der Gesellschaft immer häufiger verwendet wird. Doch was bedeutet Radikalisierung und wer gilt als radikal? Eine allgemeingültige Definition gibt es nicht. Grundsätzlich kann Radikalisierung als eine zunehmende Infragestellung und/oder Bekämpfung der bestehenden normativen Ordnung einer Gesellschaft verstanden werden. Während im frühen 19. Jahrhundert Radikalität für Emanzipation und Fortschritt stand, wird heute Radikalität mit Demokratiefeindlichkeit, Gewalt und Terror in Verbindung gebracht. Radikalität wird somit relativ anhand der bestehenden gesellschaftlichen Normen definiert.

Schauplätze der Radikalisierung

Eine Verschiebung in die Radikalität kann sich an konkreten Orten, anhand von gesellschaftlich relevanten Diskussionen sowie an gesellschaftspolitischen Veränderungen beobachten lassen. Ersteres zeigte sich beispielsweise an den Ausschreitungen in Chemnitz 2018. Im Nachgang an eine Auseinandersetzung, bei der ein Mann durch eine Messerattacke getötet wurde, hatten rechtsextreme Gruppen aufgrund des vermeintlichen Flüchtlingsstatus der mutmaßlichen Täter zu Demonstrationen gegen "Ausländerkriminalität" aufgerufen. Bei diesen kam es zu Angriffen rechter Personen und Neonazis auf Gegendemonstrant*innen und Polizist*innen.

bleibt es, radikalisierte
Menschen in die Gesellschaft
zu reintegrieren und sie vor
einem erneuten Abgleiten in
die Radikalität zu bewahren.
Ein Patentrezept für eine
erfolgreiche Deradikalisierung
gibt es nicht.

Doch der dieser lokalen Radikalisierung zugrundeliegende politische und gesellschaftliche Kontext war ein bundesweiter Diskurs: Die sogenannte "Flüchtlingskrise". Auch im Zuge dieses nicht örtlich gebundenen Diskurses zeigt sich anhand menschenfeindlicher und diskriminierender Einstellungen eine Radikalisierung, die beispielsweise in Angriffen auf Flüchtlingsunterkünfte immer wieder Ausdruck findet. Neben spezifischen Orten und Diskursen lässt sich Radikalisierung auch innerhalb gesellschaftlich-politischer Veränderungen beobachten. So zeigt der rasante Erfolg der Alternative für Deutschland (AfD) einen politischen und damit auch gesellschaftlichen Rechtsruck, dem radikalisierte Einstellungen ganzer Bevölkerungsgruppen zugrunde liegen.

Eine Radikalisierung von Einzelpersonen oder Kollektiven lässt sich also daran erkennen, ob etablierte Grundwerte einer Gesellschaft in Frage gestellt werden. Dies kann sich sowohl in Taten an bestimmten Orten, in gesellschaftlichen Diskussionen als auch in Systemverschiebungen zeigen.

Formen und Ursachen der Radikalisierung

In Deutschland beobachten wir heute verschiedene Radikalisierungsformen. Zum politischen Spektrum gehören der Rechts- und Linksextremismus. Was den religiösen Phänomenbereich betrifft ist der Salafismus, eine wortwörtliche Lesart des Korans innerhalb des sunnitischen Islam, als aktuelles Beispiel zu nennen. In der Ursachenforschung besteht Einigkeit darin, dass Radikalisierung ein multikausaler Prozess ist. Auf der individuellen Ebene werden häufig Persönlichkeitsmerkmale, familiäre Bedingungen, sozio-demografische und ökonomische Faktoren als mögliche Ursachen genannt. Aber auch gruppenbezogene Aspekte und die kollektive Identitätsbildung spielen eine wichtige Rolle. Auf der gesellschaftlichen Ebene können der Kontakt zu radikalen Milieus, Diskriminierungserfahrungen und Marginalisierung eine radikalisierende Wirkung erzeugen. Zwar lassen sich Muster abzeichnen, jedoch ist aus der bisherigen Forschung

Das Bundesprogramm "Demokratie leben!" ist Teil der Strategie der Bundesregierung zur Extremismusprävention und Demokratieförderung. Im Rahmen des Programms werden deutschlandweit Projekte auf kommunaler, Länder- und Bundesebene gefördert, in denen sich zivilgesellschaftliche Akteure für Demokratie und gegen Menschenfeindlichkeit engagieren. Zu den Kernzielen der Förderperiode bis 2024 gehören Demokratieförderung, Vielfaltgestaltung und Vorbeugung von Extremismus.

bekannt, dass kein einheitliches "Profil" einer radikalen Person besteht.

Was tun gegen Radikalisierung?

Eine Abkehr von radikalen oder gar extremistischen Handlungen und Weltbildern, also eine Deradikalisierung, ist durchaus möglich. Dabei gibt es unterschiedliche Stufen, die von einem bloßen Gewaltverzicht bis hin zur Akzeptanz der herrschenden Rechtsnormen reichen. Die größte Herausforderung bleibt es, radikalisierte Menschen in die Gesellschaft zu reintegrieren und sie vor einem erneuten Abgleiten in die Radikalität zu bewahren. Ein Patentrezept für eine erfolgreiche Deradikalisierung gibt es nicht. Die bisherigen Maßnahmen reichen von Beratung der Betroffenen und Angehörigen über Ausstiegsprogramme und Jugendarbeit bis hin zu kollektiven Deradikalisierungsprogrammen. Das nationale Präventionsprogramm "Demokratie leben!" ist eine Bemühung auf Bundesebene, ein vielfältiges, respektvolles und gewaltfreies Miteinander zu fördern. Doch auch auf zivilgesellschaftlicher Ebene kann einer Radikalisierung gegengesteuert werden, indem demokratische Werte vertreten und verteidigt werden. Abgrenzende und abwertende Ideologien gefährden den gesellschaftlichen Frieden. Wer diesen Frieden fördern will, sollte demokratische Werte leben, das heißt für Offenheit, gleiche Chancen, gesellschaftliche Teilhabe und Vielfalt einstehen.

Hande Abay Gaspar ist Doktorandin und Wissenschaftliche Mitarbeiterin im Programmbereich Transnationale Politik/Leibniz-Forschungsgruppe 'Radikalisierung' der Hessischen Stiftung Friedens- und Konfliktforschung (HSFK) in Frankfurt am Main.

"Dvije škole pod jednim krovom"

Zwei Schulen unter einem Dach



Der Weg zum offenen Dialog in Bosnien-Herzegowina ist weit

Susi Lechtenberg

Ich bin Susi Lechtenberg, ich bin 18 Jahre alt und komme aus Hannover. Nach dem Abitur habe ich mich entschieden, mit pax christi einen Freiwilligendienst in Sarajevo, der Hauptstadt Bosnien-Herzegowinas, zu machen. Geplant war der Dienst für ein ganzes Jahr. Aufgrund des Corona-Virus musste ich aber leider schon nach sechs Monaten kurzfristig abbrechen.

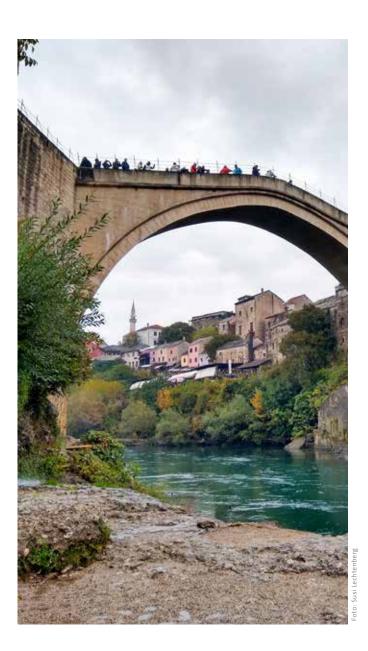
In Sarajevo habe ich drei Tage pro Woche im Kindergarten der Caritas und zwei Tage im Büro des Forums Ziviler Friedensdienst gearbeitet. Dies ist eine Nichtregierungsorganisation (NGO), die aus Deutschland kommt und unter anderem im westlichen Balkan Projekte zur Stabilisierung des Friedens, dem Wiederaufbau der zivilgesellschaftlichen Strukturen und der Aufarbeitung des Jugoslawienkrieges durchführt. Der Kindergarten der Caritas wird nicht nur von katholischen Kindern besucht. Im Gegensatz zu vielen bosnischen Schulen, in denen katholische, muslimische und orthodoxe Schüler*innen getrennt unterrichtet werden, treffen sich im Kindergarten Kinder aller Ethnien, um gemeinsam zu spielen. Was für uns

in Deutschland relativ normal klingen mag, ist in Bosnien nicht selbstverständlich. Schließlich ist der Jugoslawienkrieg, in dem die einzelnen Ethnien noch gegeneinander gekämpft haben, erst knappe 25 Jahre her.

Ethnie spielt eine große Rolle

Heute spielt die ethnische Zugehörigkeit für viele Bosnier*innen eine wichtige Rolle. Sie entscheidet darüber, ob in der Familie bosnisch, kroatisch oder serbisch gesprochen wird, was in Sprachschulen meistens als eine Sprache (B/K/S) unterrichtet wird. Aber auch in welchen Sportverein die Kinder gehen, in welche Bar man abends ausgeht, welche Politiker*innen man wählt und was für eine*n Partner*in man später heiratet.

Viele Schulen in Bosnien folgen dem Prinzip "Dvije škole pod jednim krovom" (Zwei Schulen unter einem Dach). Das bedeutet, dass in einem Schulgebäude zwei ethnische Gruppen getrennt voneinander zur Schule gehen und auch zu unterschiedlichen Zeiten Pausen haben, so dass sie sich praktisch



Diese Einsatzstelle des pax christi-Freiwilligen Friedensdienstes ist zweigeteilt und bietet soziale und politische Lernfelder.

Multiethnischer Caritas-Kindergarten – Mitarbeit im Gruppendienst

Bosnien-Herzegowina ist ein Vielvölkerstaat. Der Krieg von 1992-1995 hat die Religionszugehörigkeit massiv politisiert. Selbst 25 Jahre nach dem Krieg ist die Separierung von Bosniern (meist muslimisch), Serben (meist orthodox) und Kroaten (meist katholisch) in Kindergarten und Schule immer noch üblich. Der Caritas-Kindergarten hat heute einen anderen Ansatz: Hier werden Kinder aller Religionen gemeinsam betreut. So werden gewaltfreie Kommunikation und gewaltfreies Handeln erlebbar.

Friedensbüro des Forum ZfD in Sarajewo

Im Friedensbüro des Forum ZfD werden Aktionen für den Aufbau zivilgesellschaftlicher Strukturen in einer multiethnischen Stadt organisiert und durchgeführt. Es finden Beratungsangebote und Schulungen von lokalen Friedensaktivist*innen statt. Hier arbeitet unsere Freiwillige an zwei Tagen pro Woche mit.

gar nicht begegnen. Diese ethnische Segregation, durch die Vorurteile den anderen gegenüber nur gestärkt werden und offener Dialog verhindert wird, lässt sich durch multiethnische Kindergärten bremsen, da Kinder so von klein auf lernen, dass die Zugehörigkeit zu verschiedenen Ethnien keine Grenze darstellt.

Andere Lebensweisen kennenlernen

Wenn man einen Freiwilligendienst im Ausland macht, arbeitet man nicht nur in seinen Einsatzstellen, sondern lernt während der Arbeit und im privaten Leben auch eine andere Kultur kennen und lässt sich auf eine andere Lebensweise ein. In den letzten Monaten habe ich Kaffee auf die bosnische Art gekocht, gelernt Pita zuzubereiten, bosnische Musik gehört, die Kinder im Kindergarten mit Kosewörtern überhäuft, die Pünktlichkeit nicht mehr ganz ernst genommen und viele andere Angewohnheiten übernommen, die ich in meinem Umfeld gesehen und von meinen Kolleg*innen gelernt habe. Dabei war mir die ganze Zeit über bewusst, dass ich nur für ein Jahr in Bosnien sein werde und danach wieder zurück nach Deutschland gehe.

Was mir allerdings nicht bewusst war, war dass jeder Zeit Vorfälle passieren können, die mich zwingen abzubrechen, wie es dieses Jahr durch Corona passiert ist. Jetzt sitze ich, ein halbes Jahr vor meiner geplanten Ausreise wieder in Deutschland in häuslicher Isolation mit meiner Familie, esse Schwarzbrot und fühle mich irgendwie fremd. Sechs Monate habe ich versucht, mich der bosnischen Kultur anzupassen und auf einmal bin ich wieder in Deutschland und fühle mich noch nicht bereit, ein Fazit aus meinem Freiwilligendienst zu ziehen.

Was habe ich gelernt? Was nehme ich mit? Eigentlich ganz viel, aber gerade habe ich nur das Gefühl, nicht genug gelernt zu haben. Die Sprache kann ich noch nicht so, wie ich wollte, von der bosnischen Geschichte und Politik weiß ich noch zu wenig und Bosnien als Land mit seinen Problemen habe ich noch nicht verstanden. Dazu war das halbe Jahr einfach zu kurz. Aber so kann einem das Leben – oder der Corona-Virus – eben dazwischen funken und bestimmt werde ich möglichst bald nach Bosnien zurückkehren.

Entmutigt und irritiert, doch voll Glaube und Hoffnung

Treue sprosst aus der Erde hervor; Gerechtigkeit blickt vom Himmel hernieder. Ja, Gott gibt Gutes und unser Land gibt seinen Ertrag.

Psalm 85.12-13

Patriarch Emeritus Michel Sabbah

Schon seit vielen Jahren ist die palästinensische Kirche durch die Solidarität der deutschen Kirche gesegnet, während wir, zusammen mit unseren muslimischen Brüdern und Schwestern, unter einer zunehmend brutalen Besatzung leiden. Wir danken dem Gott der Gerechtigkeit und des Friedens für die Unterstützung und Ermutigung durch pax christi.

Dankbar erinnern wir uns, wie Papst Franziskus 2014 mit einem Hubschrauber aus Jordanien in Bethlehem ankam, wo er entlang der Trennmauer gegangen ist und angehalten hat, um seinen Kopf gegen sie zu lehnen um zu beten. Er beschrieb die Besatzung als "zunehmend inakzeptabel". Er rief zu verstärkten Bemühungen und Initiativen auf, mit dem Ziel, Bedingungen für einen stabilen Frieden auf der Basis von Gerechtigkeit zu schaffen.

So können Sie verstehen, dass wir entmutigt waren, als wir von der Anti-BDS-Erklärung des Deutschen Bundestags im Mai 2019 erfuhren.

Recht auf freie Meinungsäußerung

Entmutigt und irritiert. Denn nach unserem Verständnis ist die BDS-Kampagne (Boykott, Desinvestitionen und Sanktionen) lediglich eine Möglichkeit, Israel einzuladen, sich auf den Weg des Friedens und der Gerechtigkeit zu begeben. Warum sollte Deutschland sich einer Aktion für Frieden und Gerechtigkeit widersetzen?

Wir fragen: Warum würde eine demokratische Regierung das Recht auf freie Meinungsäußerung und Versammlungsfreiheit



pax-christi-Präsident Sabbah mit Wolfgang Schäuble 2004 beim Katholikentag Ulm

einschränken? Warum würde eine demokratische Regierung die BDS-Kampagne verbieten, ein Instrument gewaltfreier Meinungsäußerung? Wo könnten wir die Stimme der freiheitsund gerechtigkeitsliebenden deutschen Kirche hören?

Indem man die Unterstützung der BDS-Kampagne dämonisiert und verbietet, die ausdrücklich "allen Formen der Diskriminierung entgegensteht, einschließlich des Anti-Semitismus und der Islamophobie", bleiben den Palästinenser*innen und ihren Unterstützer*innen nur noch wenig Möglichkeiten, einen Wandel in der israelischen Politik und ihrer Praktiken zu bewirken. Im Bemühen, dieses populäre, zivile Mittel des Widerstands einzuschränken, wird ein unterdrücktes Volk dazu gedrängt, Gewalt anzuwenden, was unterdrückerischen Regimen dazu dient, die Unterdrückten zu bekämpfen und zu dominieren.

Wir stehen heute einer existenziellen Bedrohung gegenüber: "Entweder verkaufst du deine Träume und deine Rechte, oder wir bereiten deiner ganzen Existenz ein Ende."

Wir wiederholen unseren Ruf

Palästina gehört den Palästinenser*innen, eine unbestrittene Wahrheit. Aber die israelischen Herrscher lehnen diese Wahrheit ab. Denn sie glauben, dass ihre eigene Existenz und ihre eigenen Rechte verlangen, dass die Palästinenser*innen verschwinden oder unter dem Willen Israels bleiben. Die internationale Gemeinschaft kennt die Rechte der Palästinenser*innen ebenfalls. Alle Länder kennen sie. Aber keines wagt es, dies anzuschauen. Sie priorisieren das Existenzrecht Israels und sein Recht zu überleben. Die



Während der Coronavirus-Krise konfiszieren israelische Militärs Zelte im Norden der Westbank, die für eine Corona-Klinik bestimmt waren.

Rechte von Palästinenser*innen anzuerkennen ist für viele beunruhigend. Israel wurde auf den Ruinen palästinensischer Häuser gebaut, aber niemand möchte daran erinnert werden.

Deshalb wiederholen wir unseren Ruf "mitten aus dem Leiden unseres von Israel besetzten Landes heraus zu einem Schrei der Hoffnung, wo keine Hoffnung ist, zu einem Schrei, der erfüllt ist vom Gebet und von dem Glauben an Gott, der in Seiner göttlichen Güte über alle Bewohnerinnen und Bewohner dieses Landes wacht."

Freunde*innen von pax christi, wir rufen euch dazu auf:

- Öffnet erneut eure Ohren und Herzen um unseren Aufschrei zu hören.
- lest nochmals den Brief durch, den wir am 18. Oktober 2019 an Kanzlerin Angela Merkel adressiert hatten und die Antwort der UNO-Sonderberichterstatter auf die Erklärung des Bundestags vom 17. Mai 2019;
- leistet Widerstand gegen die Versuche, die Unterstützung der palästinensischen Boykott-, Desinvestitions- und Sanktions-Bewegung zu verbieten;
- widersetzt euch Versuchen, den zivilen Raum, der einem Volk zur Verfügung steht, um seine Opposition gegenüber der Politik und den Praktiken eines unterdrückerischen Regimes gewaltfrei auszudrücken, einzuschränken;
- unterstützt überall Versuche, internationales Recht und die Menschenrechte auf freie Meinungsäußerung und friedliche Versammlung zu achten;
- · macht mit bei unserem gewaltfreien, kreativen Widerstand gegen die Besatzung durch BDS und andere gewaltlose Instrumente:

- verurteilt Anti-Semitismus und Islamophobie in aller Deut-
- deckt Versuche auf, legitime Kritik an der Politik und den Praktiken des Staates Israel mit Anti-Semitismus zu verquicken;
- kommt euren palästinensischen Brüdern und Schwestern zu Hilfe – Christen und Muslimen – indem ihr eure konkreten und praktischen Taten der Unterstützung aus Liebe fortsetzt.

Wir wissen, dass das palästinensische und das israelische Volk beide "teuer in den Augen des Herrn" sind (Ps 116,15). Sie haben dieselbe von Gott verliehene Würde, eine Würde, die zur Ehre Gottes und zur Ehre der Menschheit respektiert werden muss. Wir sind alle gleich in der Menschlichkeit.

Wir glauben, dass es in der internationalen Gemeinschaft ein Erwachen und einen neu benötigten Mut geben wird. Es wird ein neues Erwachen geben im israelischen Bewusstsein: Die Israelis werden die Palästinenser*innen als Menschen sehen, mit dem Recht, in ihren Häusern und auf ihrem Land zu bleiben. Der Tag der Gleichheit und der Gerechtigkeit wird kommen.

Patriarch em. Michel Sabbah, geboren 1933, war von 1987–2008 Lateinischer Patriarch von Jerusalem und damit katholischer Erzbischof für Israel, Palästina, Jordanien und Zypern. 1999–2007 war er Präsident von Pax Christi International.

Übersetzung aus dem Englischen: Irmgard Deifel

Die pax_zeit begleitete seit der Ausgabe 3_2019 mit Artikeln von Gabriele Wulfers und Ilan Baruch intensiv die öffentlichen Diskussionen um die Nahostarbeit. In der Ausgabe 1/2020 präsentierte Dr. Meron Mendel seine persönliche Bilanz zur Frage von BDS (Boycott, Divestment, Sanctions). In diesem Heft beschreibt Patriarch em. Michel Sabbah in einem bemerkenswerten Artikel die Erwartungen an pax christi von palästinensischer Seite. In die Serie der Artikel und Leser*innenbriefe reiht sich auch die pax christi-Positionsbeschreibung ein.

Bundesvorstand und Nahostkommission

Wir möchten kurz die pax christi-Position der deutschen Sektion zum Israel-Palästina-Konflikt darstellen, die mit der Position von Pax Christi international (PCI) übereinstimmt:

Wie in allen anderen Konflikten, zu denen pax christi weltweit engagiert ist, ist unsere Richtschnur, dass wir uns für die Einhaltung von Menschenrechten und Völkerrecht in der jeweiligen Region einsetzen. Dabei unterstützen wir Menschenrechts- und Friedensorganisationen in den jeweiligen Regionen in ihrem Einsatz für eine friedliche und gewaltfreie Konfliktlösung.

Konkret zum Israel-Palästina-Konflikt heißt dies für uns, dass wir uns auf der Basis von Völkerrecht (siehe hierzu die diversen UN-Resolutionen, zuletzt die UN-Resolution 2334 vom Dezember 2016) und Menschenrechten dafür einsetzen, dass

 die Prinzipien des Völkerrechts bei jedweden Verhandlungen und Konfliktlösungsvorschlägen akzeptiert und gewahrt bleiben;

- Ostjerusalem, das Westjordanland, Gaza und der Golan nicht zum israelischen Staatsgebiet gehören und somit die israelischen Siedlungen im besetzten Westjordanland und in Ostjerusalem weiterhin als völkerrechtlich illegal definiert bleiben:
- wir für ein Ende der Besatzung der von Israel seit Juni 1967 besetzten Gebiete eintreten;
- auf der Basis der Anerkennung des Rechts auf Rückkehr der palästinensischen Flüchtlinge eine faire Lösung des Flüchtlingsproblems gefunden wird und
- das Grundrecht auf volle Gleichberechtigung der arabischpalästinensischen Bürger*innen Israels anerkannt wird.

pax christi hat den BDS-Aufruf nicht unterzeichnet, da pax christi einen generellen Boykott, der für Israel gefordert ist, aufgrund unserer historischen Verantwortung für die Menschen in Israel ablehnt. Historische Verantwortung bedeutet zugleich, dass wir uns für die Rechte der Palästinenser*innen einsetzen. Wir sind überzeugt, dass die drei BDS-Forderungen (Ende der Besatzung der von Israel seit 1967 besetzten Gebiete, Anerkennung des Rückkehrrechts der palästinensischen Flüchtlinge, Gleichberechtigung für alle Bürger*innen Israels) im Einklang mit dem Völkerrecht stehen. Wir treten für einen Kaufverzicht von Produkten aus den völkerrechtswidrigen israelischen Siedlungen in den besetzten palästinensischen Gebieten ein.

Diese Grundlage findet sich für uns in dem Beschluss "Ungeteilte Solidarität für einen gerechten Frieden" der pax christi-Delegiertenversammlung vom Oktober 2010 sowie im PCI-Appell vom 1. Dezember 2016 "Für einen neuen israelisch-palästinensischen Friedensprozess: Zeit zur Neuverpflichtung".



Die genannten Texte finden sich auf www.paxchristi.de unter >Themen >Nahost

pax christi Münster führt Menschen zusammen, die sich im Geiste Jesu Christi für den Frieden einsetzen und entwickelt Veranstaltungen, öffentliche Aktionen und Studientage u.a. zum Themenkreis Gerechtigkeit, Frieden und Bewahrung der Schöpfung.



Münster, Rom und zurück: der Johannes XXIII-Preis

Josef Roberg

Die Geschichte lässt sich wohl am besten von hinten erzählen. pax christi in der Diözese Münster hat im letzten Jahr zum fünften Mal den "Papst-Johannes XXIII-Preis" verliehen. Eine Erfolgsgeschichte oder Anlass, den Preis sorgsam zu evaluieren? Der Diözesanvorstand diskutiert über die inhaltlichen und organisatorischen Perspektiven des Preises: Lohnt sich der Aufwand? Wird der Preis so wahrgenommen, wie wir uns das wünschen? Was grenzt uns von anderen Preisen ab, welchen Mehrwert bieten wir? Ein Blick zurück zum Startpunkt am Anfang der Zehner-Jahre. Der verstorbene Friedensarbeiter Ernst Dertmann hatte die Idee, den Preis ins Leben zu rufen. Intention war es dem Beispiel des Namensgebers folgend, der Botschaft des von ihm einberufenen Konzils ein Gesicht zu geben; die Preisträger*innen sollen "der Menschenfreundlichkeit von Johannes XXIII ein heutiges Gesicht geben". Seine Enzyklika "pacem in terris" hat eine maßgebliche Bedeutung für den Preis, da sie dem 1963 herrschenden Klima von Aufrüstung und Abschreckung entgegentritt.

Für den Münsteraner Diözesanvorstand ist es immer wieder berührend, wenn die Preisträger*innen sich freuen, auf einer großen Veranstaltung gefeiert zu werden und im Rampenlicht zu stehen. Die Rede von zwei Geflüchteten, die mit Hilfe des Kirchenasyls erfolgreich ein Bleiberecht erhalten haben, war im letzten Jahr sehr bewegend für alle Anwesenden. Sie zeigte den Erfolg des Kirchenasyls, aber auch den schwierigen juristischen und menschlichen Weg.

Jetzt geht es um die Zukunft des Preises. Viele Preise konkurrieren um die Aufmerksamkeit von Presse und Öffentlichkeit. Obendrein ist es immer schwieriger, geeignete Preis-



träger*innen zu bestimmen, die nicht schon einen Preis erhalten haben. Für den Diözesanverband ist die Preisverleihung, trotz hohem Arbeitsaufwand, eine Chance die politischen Anliegen zu transportieren, für die pax christi steht.

Heute befindet sich der elfköpfige Preisbeirat mit Juror*innen aus unterschiedlichen Organisationen erneut im Findungsprozess für die nächsten Preisträger*innen. Die Mitglieder der Diözese sind aufgerufen, sich hieran zu beteiligen. Die Frage bleibt aktuell, wie der Vorstand die Anliegen des Preises weiterentwickeln und bei der Vielfalt der Preise einen eigenen Akzent setzen kann.

Josef Roberg ist Mitglied der pax_zeit-Redaktion und des Bundesvorstandes und lebt in der Diözese Köln.

nunft, den Krieg noch als das geeignete Mittel zur Wiederherstellung verletzter Rechte zu betrachten.

Johannes Paul XXIII

Preisträger*innen

- 2011 Pfarrer Norbert Arntz
- 2013 Gastkirche und Gasthaus in Recklinghausen
- 2015 Christlich-Islamische Arbeitsgemeinschaft Marl und Jüdische Kultusgemeinde Recklinghausen/Marl
- 2017 Bernd Mülbrecht und sein Team der Wohnungslosenhilfe Münster
- 2019 Netzwerk Kirchenasyl

Odilo Metzler

Rechter Terror folgt aus menschenfeindlichem Reden erklärte die Christlich-Muslimische Friedensinitiative Deutschland anlässlich der Morde in Hanau. Da sei die Saat menschenfeindlicher Gedanken und Worten aufgegangen.

Wegen Verstößen gegen das Waffenembargo gegen Libyen forderte die "Aktion Aufschrei – Stoppt den Waffenhandel!", dass Deutschland an Ägypten, Jordanien, Türkei und Vereinigte Arabische Emirate, die gegen internationales Recht verstoßen, keine Rüstungsexporte genehmigen dürfe.

Die Bundesregierung wolle verhindern, dass der Internationale Strafgerichtshof (ICC) über mögliche Kriegsverbrechen in Israel und Palästina urteilt, da Palästina kein Staat sei, kritisierte die Nahostkommission. Der ICC solle gemäß seiner Aufgabe unabhängig urteilen.

Nicht nur vor Weihnachten, auch unter dem Jahr gebe es zahlreiche Konzerte der Bundeswehr in Kirchen. Die Kommission Friedenspolitik stellt Kirchengemeinden einen **Musterbrief zur Kritik von Militärkonzerten** als Argumentationshilfe dagegen zur Verfügung.

Das vom Bundestag am 5. März beschlossene **Rohstoff-Lieferkettengesetz** sei ein Schritt, Unternehmen in die Verantwortung für die Einhaltung von Menschenrechten bei der Gewinnung von Rohstoffen zu nehmen, erklärte die Kommission "Solidarität mit Zentralafrika".

Eine UN-Liste mit Unternehmen, die das Völkerrecht im besetzten Palästina verletzen, begrüßte die Nahostkommission, vermisst darauf aber das deutsche DAX-Unternehmen HeidelbergCement, das über seine Tochterfirma Hanson Israel Baustoffe in die israelischen Siedlungen auf palästinensischem Gebiete liefere.

Corona: Afrika nicht zurücklassen forderte die Kommission "Solidarität mit Zentralafrika" und forderte ein Notprogramm für Kliniken, die COVID-19 in afrikanischen Ländern behandeln. Schuldenrückzahlungen müssten gestundet werden, um staatliche Budgetmittel für den Gesundheitssektor freizustellen.



Ausführliche Meldungen: www.paxchristi.de



Bestellen Sie jetzt im pax christi-Sekretariat die erweiterte Broschüre *Erfolge der Gewaltfreiheit*.



sekretariat@paxchristi.de

Notizen aus dem Bundesvorstand

Josef Roberg

pax christi-Präsident Bischof Kohlgraf hat sich in Predigten mit Friedensthemen auseinandergesetzt: Zum 75. Todestag von Alfred Delp, zum Gedenken an die Zerstörung Mainz im Zweiten Weltkrieg.

Gerold König, der pax christi im Zentralkomitee der deutschen Katholiken (ZdK) vertritt, arbeitet beim Synodalen Weg mit. Anfang März protestierte pax christi in einer Meldung gegen die Eskalation an der EU-Grenze in Griechenland. Einen offenen Brief gegen den Jemen-Krieg richtete pax christi zusammen mit 32 Organisationen an den Bundessicherheitsrat und forderte ein umfassendes, rechtlich verbindliches und zeitlich nicht befristetes Rüstungsexportverbot für alle Mitglieder der von Saudi-Arabien geführten Militärkoalition, solange sie am bewaffneten Konflikt beteiligt sind oder die Gefahr besteht, dass auch deutsche Rüstungsgüter zu Menschen- und Völkerrechtsverletzungen im Jemen beitragen. Das Treffen der Diözesanvorstände konnte leider wegen der Corona-Abstandsregelungen nicht stattfinden.

Globale

Verbindungen

Ursula Schell

Kriege und Flüchtlingsströme, Umweltkatastrophen und die Erderwärmung, Krankheiten wie das Coronavirus oder globaler Handel und globale Lieferketten zeigen wie eng wir inzwischen auf der Welt vernetzt sind und wie anfällig wir sind, wenn "ein Glied leidet".

Entweder betrachten wir diese engen Verbindungen mit Angst und Misstrauen und sehnen uns nach guten alten Zeiten oder wir gestalten dieses neue Zusammenleben aktiv und bringen in diesen Prozess unsere christlichen Werte ein. Als Christ*innen haben wir eine lange Tradition der "Globalisierung" auf die wir zurückgreifen können, denn seit dem kleinen Beginn in Galiläa und der langsamen Ausbreitung des Christentums im römischen Weltreich, sind wir global vernetzt.

Die ersten Apostel*innen haben zur Vernetzung auf den persönlichen Kontakt, auf die Weitergabe der eigenen Begeisterung und Christuserfahrungen und auf ihre Glaubwürdigkeit gesetzt. So breitete sich das Christentum trotz Verfolgung und Anfeindung in kurzer Zeit bis nach Antiochia, Damaskus, Ephesus, Athen, Rom, Alexandria, Karthago aus – um nur einige der damaligen Metropolen zu nennen – und von dort im Nahen Osten, Persien, Nordafrika, Arabien, Indien und Europa. Das Christentum war deshalb so attraktiv und erfolgreich, weil es über alle Klassen, Rassen und Geschlechter hinweg Verbindungen, Begegnungen und

Beziehungen ermöglichte und die starren antiken Gesellschaftsstrukturen aufbrach, "... da ist nicht mehr Jude und Grieche, Sklave und Freier, männlich und weiblich ... ihr alle seid eins in Christus." (Gal 3,28). Durch die Taufe gehören alle zum neuen "Leib Christi" (1 Kor 12) und können jeweils an ihrem Platz etwas beitragen – als Hand, Fuß, Ohr, Auge ...

Alle sind Teil des Leibes Christi in der Welt. Welch' gewaltiger Anspruch einerseits, wie Christus zum Leben und zur Würde aller beizutragen und für die Ausbreitung des "Reiches Gottes" zu sorgen, in dem Solidarität mit den Ärmsten und Ausgegrenzten und die Teilhabe aller der Maßstab sind. Andererseits welch' eingängiges Bild für die Verbindung aller: "Wenn ein Teil leidet, leiden alle mit, wenn ein Teil geehrt wird, freuen sich alle mit" (1 Kor 12,26). Dieses Bild geht davon aus, dass alle das ihrige beitragen und das Christus das Haupt ist und alle anderen Schwestern und Brüder. Ein hierarchiearmes Bild, das auf Liebe, Verbindung und Kooperation setzt und darin die Manifestation des Göttlichen sieht.

Ich finde, dass es trotz seines fast 2000-jährigen Alters immer noch ein gutes zukunftsweisendes Bild ist.

Ursula Schell, Diplom-Theologin, ist pax christi-Mitglied, Referentin in der Frauenseelsorge und dem KDFB in der Diözese Augsburg.



Veronika Hüning

An wen denke ich, wenn ich diesen flehentlichen Ruf, diesen Aufschrei höre? Ich denke an die Menschen, die an der türkisch-griechischen Grenze gestrandet sind, die mit Tränengas und Geschossen vertrieben werden sollen, denen ein Weg in mehr Sicherheit und ein menschenwürdiges Leben versperrt wird. Aus den Medien, die fast ausschließlich von der Corona-Pandemie beherrscht werden, sind sie verschwunden. Ich denke an die Menschen im Jemen, die unter Krieg, Hunger und Krankheiten leiden. An die Menschen in Palästina, deren Menschenrechte immer wieder verletzt werden und denen die

Hoffnung auf einen gerechten Frieden abhandenkommt. Ich denke an die Menschen, die ihre Meinung nicht frei äußern dürfen, und an verfolgte Minderheiten, die für ihre Überzeugungen ins Gefängnis kommen. Und an alle, denen durch unser Wirtschaftssystem strukturelles Unrecht zugefügt wird, Armut und Not.

Aus dem ersten Sonntagsimpuls in der Zeit der Versammlungsverbote und ausfallenden Gottesdienste, um die Ausbreitung des Corona-Virus zu verlangsamen.

Spenden unterstützen pax christi

pax christi – Deutsche Sektion e.V.

Pax-Bank eG

IBAN DE17 3706 0193 4006 1000 10

BIC GENODED1PAX

Verwendungszweck: Frieden spenden